

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Stadtbauamt

28.04.2015
60.2-Wi 8536-4236

Protokoll

der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung am Dienstag, 28. April 2015 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:53 Uhr

Mitglied

Herr Dr. Ullrich Bittner

Herr Rudi Duschek

Herr Jörg Neubert

Herr Axel Hochschild

bis 20:25 Uhr

i. V. für Herrn Frank Embach

Herr Dr. Jörn Kasbohm

Herr Alexander Krüger

Herr Christian Kruse

Herr Thomas Lange

Herr Jürgen Liedtke

Herr Sylvio Maaß

Herr Christian Radicke

Herr Martin Rappen

i. V. für Frau Carola Rex

Herr Jan Magnus Schult

Herr Michael Steiger

bis 21:10 Uhr

Frau Dr. Monique Wölk

Verwaltung

Herr Hochheim

Herr Niemeyer

Herr Winckler

Herr Wixforth

Frau Hanke

Herr Dr. Heinz

Frau Schinkel

Frau Schätzchen

Frau Ewald

Frau Einfeld

Herr Imhorst

Frau Teetz
Herr Wilke

Gäste

Herr Gosch	Gosch-Schreyer-Partner Ingenieurgesellschaft mbH, Bad Oldesloe
Herr Sallier	Investor KAW-Gelände
Herr Proske	Büro für Landschaftsarchitektur, Schwerin
Herr Rodatos	Mitglied der Bürgerschaft
Herr Leupold	Ortsteilvertretung Ostseevierviertel
Herr Oberdörfer	Ostsee-Zeitung

Tagesordnung

1. Sitzungseröffnung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2015
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Beschlusskontrolle
6. Bericht aus der AG „Kleingärten“
7. Sachstand zu den Planungen des Parkhauses Am Nexöplatz
8. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 8.1. 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Feststellungsbeschluss
(Bereich des Bebauungsplans Nr. 98 - KAW-Gelände -)
Dez. II, Amt 60
 - 8.2. Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
 - 8.3. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)

Dez. II, Amt 60

- 8.4. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 8.5. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2
Bündnis 90 / Die Grünen
- 8.6. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrsbetrieb Greifswald GmbH
Dez. II, Amt 60
- 9. Informationen der Verwaltung
- 9.1. Geplante Instandsetzungen für 2016
Dez. II, Amt 66
- 9.2. Sondernutzung des Deichverteidigungsweges in Wieck
Dez. II, Amt 66
- 9.3. Umgestaltung Vilmer Weg / Lubminer Platz
- 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
- 11. Informationen des Ausschussvorsitzenden
- 12. Schluss der Sitzung

TOP 1. Sitzungseröffnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Krüger, eröffnet um 18:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende schlägt folgende Änderungen/ Ergänzungen vor:

- 1. Einordnung des TOP 9.3 „Umgestaltung Vilmer Weg / Lubminer Platz“ hin-

ter TOP 7.

2. Unter TOP 8.7. zusätzliche Aufnahme der Tischvorlage „Antragstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte des Städtebaus“.

Herr Lange hat Fragen zum Liegeplatz der „Greif“. Diese Problematik soll unter TOP 10 „Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder“ behandelt werden.

Der zusätzlichen Aufnahme der Tischvorlage unter TOP 8.7. wird mit 13 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Der Einordnung von TOP 9.3 hinter TOP 7. wird mit 15 Ja- Stimmen zugestimmt.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung und der Ergänzung mit 15 Ja- Stimmen angenommen.

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2015

Das Protokoll vom 10.03.2015 wird mit 12 Ja- Stimmen und 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Frau und Herr Peter, unmittelbare Anwohner am Nexöplatz, haben Fragen zu dem beabsichtigten Bau eines Parkhauses auf dem jetzigen Parkplatz. Infrage gestellt wird die Notwendigkeit zur Errichtung eines Parkhauses. Der jetzige Parkplatz sei in der Woche, bis auf zwei Tage zu bestimmten Zeiten, nie voll ausgelastet. Durch entsprechende Markierungen/ Neuaufteilungen auf dem Parkplatz könnten zusätzliche Stellplätze geschaffen werden.

Zu dieser Problematik wird auf den TOP 7 „Sachstand zu den Planungen des Parkhauses Am Nexöplatz“ verwiesen.

TOP 5. Beschlusskontrolle

Der Ausschussvorsitzende merkt an, die Verwaltung möge in der nächsten Sitzung zur Vorlage Nr. 05/1301 „*Information zum Prüfauftrag „Patenschaften in der öffentlichen Grünflächenpflege“ BS B701- 38/14 vom 19.02.2014*“ vom 31.03.2014 eine Aussage treffen.

TOP 6. Bericht aus der AG „ Kleingärten“

Herr Hochheim berichtet über die am 12.03.2015 stattgefundenene erste Zusammenkunft der von der Bürgerschaft berufenen Arbeitsgruppe „Kleingärten“ die zum Ziel hat, das Kleingartenwesen zu stärken. Es soll ein gemeinsames Kleingartenentwicklungskonzept erarbeitet werden auf der Grundlage der durch den Kreisverband der Gartenfreunde zur Verfügung zu stellenden Analyse über die

Auslastung der Kleingärten. Ein zweiter Aspekt betraf die Verlängerung des Generalpachtvertrages und die Prüfung, ob öffentlich rechtliche Lasten (Straßenreini-
gebühren u. ä.) über diesen mit abgerechnet werden können. Ein dritter As-
pekt betraf die Verbesserung der Abwasserbeseitigung einschließlich der Entsor-
gung des Abwassers aus abflusslosen Sammelgruben. Dazu wird das Abwasser-
werk seine Zuständigkeit bei der Entsorgung des Abwassers aus abflusslosen
Sammelgruben prüfen. Ein letzter Punkt betraf die Schaffung von zeitweisen Er-
leichterungen für betroffene Kleingärtner bezüglich der Niederschlagswasserbe-
seitigung.

Die zweite Beratung ist für Ende Mai/ Anfang Juni vorgesehen.

Herr Dr. Kasbohm regt an zu prüfen, inwieweit sich die Kleingärtner eine Verbin-
dung mit den Frischemärkten vorstellen könnten. Zur besseren Veranschaulichung
der Niederschlagswasserproblematik schlägt er vor, sollten auf einer speziellen
Karte die Kleingartenanlagen und deren Betroffenheit dargestellt werden.

Weitere Nachfragen werden durch Herrn Hochheim abschließend beantwortet.
Über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe soll regelmäßig im Ausschuss für Bauwe-
sen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung berichtet werden.

TOP 7. Sachstand zu den Planungen des Parkhauses Am Nexöplatz

Herr Wixforth informiert zunächst über den aktuellen Sachstand zur Planung.

2012 gab es einen Aufstellungsbeschluss der Bürgerschaft zum Bebauungsplan
Nr. 108 - Martin-Andersen-Nexö-Platz -. Während der Bürgerbeteiligung zum Vor-
entwurf, die im April/ Mai 2014 stattfand, wurden diverse Bedenken, Hinweise
und Anregungen gegeben die zurzeit geprüft und bewertet werden. Daraus sich
ergebende notwendige oder opportune Änderungen werden in den noch zu erar-
beitenden Entwurf des Bebauungsplans aufgenommen, der dann der Bürgerschaft
als „Entwurfs- und Auslegungsbeschluss“ vorgelegt wird. Wird dieser Beschluss
gefasst, kommt es zur öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs.

Herr Wixforth berichtet weiter, dass es vom Beschluss der Bürgerschaft abhängig
ist, ob ein Parkhaus errichtet oder der Parkplatz beibehalten wird. Der Flächennut-
zungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald weist an dieser Stelle eine
Fläche für Parkplatz aus. Gegenwärtig sollen, auf Veranlassung der GPG, geeigne-
te Maßnahmen auf dem Parkplatz (Verbesserungen an der Parkplatzoberfläche
und dem Niederschlagsentwässerungssystem, Neuaufteilung der Stellplatzflä-
chen) dazu beitragen, dass durch das Parkraumbewirtschaftungskonzept nachge-
wiesene Defizit von 660 Stellplätzen für die Innenstadt und den innenstadtnahen
Bereich, zu verringern.

Herr Hochheim informiert dazu, dass der Entwurf zur Neufassung des Städtebauli-
chen Rahmenplans Innenstadt/ Fleischervorstadt vorliegt und noch bis
26.05.2015 öffentlich ausliegt. Bis dahin können noch Hinweise und Anregungen
abgegeben werden. Der Entwurf zur Neufassung des Städtebaulichen Rahmen-
plans Innenstadt/ Fleischervorstadt ist auch im Stadtbauamt und bis zum

26.05.2015 im Internet einsehbar. Am 20.05.2015 findet von 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr im Bürgerschaftssaal des Rathauses zu dem Entwurf des Rahmenplans ein Bürgerforum statt.

Herr Hochheim zitiert zur Parkplatzproblematik aus dem Entwurf zur Neufassung des Städtebaulichen Rahmenplans Innenstadt/ Fleischervorstadt, wo es unter Punkt

„6.7 Schaffung zusätzlicher Parkplätze für Einpendler und Besucher, Ausbau konzentrierter Lösungen für das Bewohnerparken“

heißt:

„Zum Zeitpunkt der Befragung im Jahr 2014 war das Parkplatzangebot insbesondere in der nordöstlichen Innenstadt deutlich verknappt, da der bisherige Parkplatz Museumshafen Süd an der Brüggstraße mit 170 Plätzen in Bauvorbereitung für das Quartier A11 geschlossen wurde....

Für die Zukunft sind im Parkraumkonzept leicht steigende Bedarfe im Bestand sowie verschiedene Bedarfserhöhungen und Angebotsreduzierungen durch absehbare bauliche Maßnahmen dargestellt:

- *Durch die Bebauung der A-Quartiere entfallen insgesamt 387 öffentliche Parkplätze. Es entsteht zudem zusätzlich ein neuer Platzbedarf aus der Neubebauung, der vorrangig innerhalb der Bauprojekte in Form von Tiefgaragen oder anderen Anlagen gedeckt werden muss...*

Im Parkraumkonzept ist im Bahnhofsbereich der Neubau eines Parkplatzes mit 150 Plätzen vorgesehen. Der Standort ist geeignet, die Engpässe in der westlichen Innenstadt zu beseitigen...

Als weiterführende Maßnahme gegenüber dem Parkraumkonzept ist der Bau eines Parkhauses am Martin-Andersen-Nexö-Platz vorgesehen. Der bestehende Parkplatz mit 170 Plätzen soll in weiten Teilen überbaut werden und eine Kapazität von 530 Plätzen bieten. Im Verkehrsgutachten zum derzeit laufenden Bebauungsplanverfahren werden verschiedene Varianten untersucht, da der Knoten Martin-Andersen-Nexö-Platz / Anklamer Straße als alleinige Ausfahrt zu Spitzenzeiten nicht leistungsfähig genug ist...

Die Analyse zum Parkraumkonzept 2010 ergab für das Bewohnerparken, dass vor allem nachts in der südwestlichen Innenstadt sowie flächendeckend in der Fleischervorstadt der Parkraum knapp ist...

Vor diesem Hintergrund ergab die Befragung, dass gut die Hälfte der Befragten in der Fleischervorstadt und rund zwei Drittel der Befragten in der Innenstadt die Parkplatzsituation für Bewohner als mangelhaft oder ungenügend bezeichneten. Die Situation für Besucher, Einkäufer und Berufstätige wurde vergleichbar schlecht eingeschätzt. Bei der Prioritätensetzung für die zukünftige Entwicklung rangiert die Schaffung von Parkplätzen für Bewohner auf Rang 4 von 21 abgefragten Handlungsfeldern. Die Schaffung von Parkplätzen für Besucher, Einkäufer und Pendler auf Rang 9...

Durch die zusätzlichen Plätze im Parkhaus auf dem Martin-Andersen-Nexö-Platz sowie am Bahnhof wird sich der Parkdruck durch Besucher in der Innenstadt verringern, so dass dort an einigen Stellen Besucherparkplätze zugunsten des Bewohnerparkens reduziert werden können. Dies betrifft die Ausweitungsbereiche der Fußgängerzone in den Seitenstraßen sowie einzelne Parkplatzanlagen (z.B. Anlage nördlich der Marienkirche)...“

Herr Lange fragt, ob der Standort alte Mensa (Schützenstraße) für die Errichtung eines Parkhauses infrage kommt, da diese als Mensa jetzt nicht mehr benötigt würde. Überlegungen in diese Richtung sind der Stadt nicht bekannt und wurden auch nicht untersucht, da der Nexöplatz als Parkplatz durch die Ausweisung im Flächennutzungsplan gesichert ist und somit zur Nutzung als solcher zur Verfügung steht.

Herr Dr. Bittner hält, trotz der Stellungnahme aus dem Rahmenplan (Zitat weiter oben), eine Bedarfsplanung für notwendig, in der auch die derzeitige Auslastung der Parkplätze eine Rolle spielt. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Errichtung eines Parkhauses sei ebenfalls unerlässlich.

Im Verlauf der weiteren Diskussion werden Nachfragen beantwortet u. a. zur Größe des beabsichtigten Parkhauses, zu den Reisebussen, die nicht mehr auf dem Nexöplatz halten sollen und zur Festlegung der Parkgebühren.

Herr Dr. Kasbohm schlägt vor, dass sich der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung auf einer seiner nächsten Sitzungen erneut dieses Themas annimmt.

TOP 9.3. Umgestaltung Vilmer Weg / Lubminer Platz

Herr Mathias Proske, Landschaftsarchitekt aus Schwerin, erläutert die Planung zur Umgestaltung Vilmer Weg/ Lubminer Platz.

Herr Liedtke berichtet anschließend über die bereits stattgefundenene Vorstellung der Planung in der Ortsteilvertretung, die gleichzeitig im Rahmen einer Bürgerversammlung durchgeführt wurde, mit dem Ergebnis, dass die Planung den allgemeinen Vorstellungen entspricht und demzufolge mit überwiegend positiven Eindrücken aufgenommen wurde.

Weitere Nachfragen, u. a. nach der Gestaltung/ Ausweisung der Verkehrsfläche des Platzes als Shared-Space, werden abschließend beantwortet.

Geplant ist, Ende Mai die Fördermittelanträge abzugeben. Die Ausführungsplanung soll im Juni 2015 abgeschlossen werden. Im Sommer sollen Ausschreibung und Vergabe durchgeführt werden. Im Herbst dieses Jahres soll die Baumaßnahme abgeschlossen werden.

TOP 8. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 8.1. 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, 06/326 Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 98 - KAW-Gelände -)

Herr Wilke führt zunächst kurz in die Thematik ein und schlägt vor, die TOP 8.1. und 8.2. in der Diskussion gemeinsam zu behandeln. Die Abstimmung soll getrennt erfolgen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Sowohl der Feststellungsbeschluss zur Flächennutzungsplanänderung als auch der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan weisen gegenüber ihren Entwürfen keine wesentlichen Änderungen auf. Die Grundzüge der Planungen sind nicht betroffen.

Herr Steiger spricht die beabsichtigte Fällung von drei Linden in der Bahnhofstraße an und vermisst einen diesbezüglichen Hinweis in den Sachdarstellungen der Beschlussvorlagen. Es gibt zu dieser Verfahrensweise einen Bürgerschaftsbeschluss.

Die Sachdarstellungen werden durch die Verwaltung bis zur Bürgerschaftssitzung entsprechend ergänzt.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Kasbohm und Herrn Neubert werden durch die Verwaltung und den Planer ausführliche Erläuterungen zu den Regelungen des in der Abwägung oft erwähnten städtebaulichen Vertrags gegeben.

Dazu wird u. a. erklärt, dass der städtebauliche Vertrag zunächst die Funktion hat, die Erarbeitung der Flächennutzungsplanänderung, die Aufstellung des Bebauungsplans und die damit im Zusammenhang stehenden Untersuchungen zu regeln. Der anwesende Investor, Herr Sallier, zitiert aus dem Vertrag u. a. zu den Regelungen betreffend den Immissionsschutz und die Erschließung.

Herr Dr. Bittner erinnert zunächst noch einmal an die zu Anfang der Planaufstellungen bestandenen Probleme bezüglich Einzelhandel und verkehrlicher Anbindung, die aber mittlerweile einer Lösung zugeführt werden konnten. Anschließend spricht er die drei in der Abwägung zwar behandelten aber aus seiner Sicht problematischen Einwände der unteren Naturschutzbehörde, der Polizei und zu der Rechtmäßigkeit der Diskotheken an.

Sowohl durch die Verwaltung als auch durch den Planer werden hierzu ausführliche Erläuterungen gegeben. Insbesondere wird hier nochmal die Art der verkehrlichen Erschließung und das „Warum an der vorgesehenen Stelle“ betrachtet. Hinsichtlich des Umweltberichts wird nochmal klargestellt, dass sich dieser streng an die vorgegebenen Regeln der Gesetzgebung hält. Die Ausführungen, auch zu den Diskotheken, sind ebenfalls in den jeweiligen Abwägungen nachlesbar.

Der Ausschussvorsitzende merkt an, dass wenn Änderungen bezüglich der Verkehrsfläche im Bebauungsplan vorgesehen sein sollten, diese unbedingt vorab auch im Ausschuss besprochen werden müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Lange teilt Herr Sallier mit, dass es bis jetzt keine weiteren Änderungsüberlegungen bezüglich der Nutzung des ehemaligen „Stofflagers“ gibt.

Bezüglich der Antragstellung für die beabsichtigten Baumfällungen in der Bahnhofstraße gibt es am 06.05.2015 einen Vor-Ort-Termin mit der unteren Naturschutzbehörde. Herr Dr. Bittner möchte, dass auf der Bürgerschaftssitzung am 08.06.2015 eine Information über den Ausgang dieses Termins gegeben wird.

Am Ende der Diskussion werden noch kleine Nachfragen zum passiven Lärmschutz, zu Festlegungen und Kontrolle von erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen,

zur möglichen Verlagerung der Bushaltestelle und zur Fernwärmeversorgung beantwortet.

Der Beschlussvorlage wird mit 13 Ja- Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung zugestimmt.

TOP 8.2. Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Satzungsbeschluss

06/327 **Der Beschlussvorlage wird mit 11 Ja- Stimmen, einer Nein-Stimme und 3 Stimmenthaltungen zugestimmt.**

Herr Hochschild verlässt die Sitzung um 20:25 Uhr.

TOP 8.3. 21. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald,

06/309 **Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

(Bereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –)

Frau Schätzchen bringt die Beschlussvorlagen, TOP 8.3. und 8.4., ein und erläutert die Änderungen. Beide Vorlagen werden in der Diskussion gemeinsam behandelt.

Die Ortsteilvertretung hatte den Vorlagen einstimmig zugestimmt.

Der Beschlussvorlage wird mit 12 Ja- Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

TOP 8.4. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 – Ladebower Chaussee –, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

06/311

Der Beschlussvorlage wird mit 11 Ja- Stimmen und 3 Stimmenthaltungen zugestimmt.

TOP 8.5. Einleitung der Enteignung des Grundstücks Baderstraße 2

06/303 Herr Dr. Bittner bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochheim weist nochmal darauf hin, dass die Stellungnahme der Rechtsabteilung bekannt ist und die Auffassung besteht, dass ein Enteignungsverfahren kein Erfolg hätte aus den im Gutachten nachzulesenden Gründen. Der Zustand des Gebäudes soll verändert werden durch ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot, das zurzeit im Stadtbauamt, gemeinsam mit der Rechtsabteilung, erarbeitet wird. Wichtig ist dabei die Bestimmtheit der Forderungen, die aufgegeben werden sollen (z. B. nur Fassade in der Frontansicht oder auch im Rückbereich des Gebäudes, was ist aus Denkmalschutzsicht noch zu machen, etc.). Aufgrund der vorliegenden Stellungnahme der Rechtsabteilung werden Bedenken hinsichtlich des Erfolgs des Prüfauftrags geäußert. Aus Sicht der Verwaltung wird

aufgrund des gegenwärtigen Zustands des Gebäudes keine Möglichkeit für die Einleitung eines Enteignungsverfahrens gesehen.

Der Beschlussvorlage wird mit 12 Ja- Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

**TOP 8.6. Vereinbarung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit der Verkehrs-
betrieb Greifswald GmbH**

06/312

Herr Imhorst bringt die Vorlage ein und erläutert die wesentlichen Inhaltspunkte.

Der Beschlussvorlage wird mit 14 Ja- Stimmen zugestimmt.

**TOP 8.7. Information der Verwaltung:
Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus 2015 – Projektauftrag des
Bundes**

06/312

**Tischvorlage von Herrn Milos Rodatos:
Antragstellung Botanischer Garten im Rahmen des Projekts „Nationale Projekte
des Städtebaus“**

Herr Hochheim informiert über das Förderprogramm Nationale Projekte des Städtebaus 2015.

Durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wird zum zweiten Mal ein bundesweiter Wettbewerb zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus ausgerufen. Die Antragsfrist für den diesjährigen Projektauftrag geht bis zum 20. Mai 2015.

Bundesweit werden dafür 50 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Dabei sind maßgebliche Förderkriterien einzuhalten wie:

- Nationale Wahrnehmbarkeit und Wirkung („Premiumqualität“)
- Erhebliches Investitionsvolumen
- Überdurchschnittliche Qualität hinsichtlich Bürgerbeteiligung, Städtebau und Baukultur
- Machbarkeit und zügige Umsetzbarkeit
- Innovationspotenzial der Maßnahme.

Im letztjährigen Projektauftrag wurden von bundesweit 270 Anträgen 21 Vorhaben ausgewählt. Die Stadt Greifswald beteiligte sich mit einem Antrag der St. Marienkirche am Wettbewerb, wurde jedoch v.a. wegen fehlender konzeptioneller Innovationskraft nicht berücksichtigt. Eine reine Baumaßnahme wird aufgrund der großen Konkurrenz im bundesweiten Wettbewerbsverfahren kaum Aussicht auf Erfolg haben. Wichtig ist die konzeptionelle Innovation des Vorhabens.

Zum Verfahrensstand:

Der öffentliche Aufruf der Stadt zur Beteiligung und zur Einreichung von Anträgen ermöglicht Rückmeldungen bis zum 05.05.2015. Bislang sind zwei Rückmeldungen eingegangen: Eine Anfrage zur Dachsanierung an einem Privatobjekt in der

Kuhstraße sowie Sanierungsarbeiten am Denkmal Pappelallee 1, ehemaliges Luftwaffenlazarett und seit 1990 von der Medigreif-GmbH genutzt.

Lediglich das Vorhaben Pappelallee 1 käme gemäß Förderkriterien in Frage. Der Investitionsumfang für die geplante Dachneueindeckung unter Verwendung eines denkmalgerechten Ziegelsteins beläuft sich nach einer ersten Kostenschätzung auf 2,4 Mio. Euro.

Das Land hat darauf hingewiesen, dass kommunale Eigenanteile nicht übernommen werden können.

Antragsberechtigt sind Kommunen, wobei sich das zu beantragende Projekt auch in Privat-, Kirchen- oder Landeseigentum befinden kann.

Mit der Tischvorlage ist beabsichtigt die Stadt zu beauftragen, für die denkmalgeschützten Gewächshäuser des Botanischen Gartens einen Antrag auf Aufnahme in das Förderprogramm Nationale Projekte zu stellen.

Herr Hochheim weist darauf hin und gibt zu bedenken, dass in dem Anschreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus des Landes M-V wie folgt konkret ausgeführt wird:

„...weiter ist bei der Auswahl der Projekte zu beachten, dass sie nicht gleichzeitig aus einem anderen Bundesprogramm gefördert werden.“

Seit November 2014 aber ist bekannt, dass der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages beschlossen hat, das Vorhaben mit 1,36 Mio. € aus dem Sonderprogramm des Bundes für Kulturdenkmäler zu fördern und es ist zu befürchten, dass diese Antragstellung nicht mit dem Förderprogramm Nationale Projekte korrespondiert (Doppelförderung!).

Herr Rodatos bringt die Tischvorlage ein.

Es folgt eine Diskussion zum Für und Wider der Antragstellung zur Aufnahme in das besagte Förderprogramm.

Herr Radicke schlägt vor, den Beschlussvorschlag als Prüfauftrag zu formulieren. Allerdings wird festgestellt, dass dafür aufgrund der Antragsfrist die Zeit nicht ausreicht.

Herr Steiger schlägt als drittes Objekt die Stralsunder Straße 10/11, Gesellschaftshaus „Zum Greif“, auch STRAZE genannt, zur Antragstellung vor.

Herr Krüger empfiehlt diesbezüglich die Vorbereitung einer entsprechenden Beschlussvorlage/ Tischvorlage bis zum Hauptausschuss am 11.05.2015, immer auch unter Berücksichtigung der Übernahme des Eigenanteils für die Maßnahme durch den Antragsteller.

Herr Dr. Heinz weist darauf hin, dass die Antragsunterlagen am 20.05.2015 eingereicht werden müssen. Materialien, wie z. B. ein Bürgerschaftsbeschluss, können noch bis zum 01.06.2015 nachgereicht werden. Da die Bürgerschaft erst am 08.06.2015 tagt, ist die Sitzung des Hauptausschusses entscheidend.

Herr Steiger wird zum Hauptausschuss am 11.05.2015 die Vorlage einreichen.

Der Beschlussvorschlag der Tischvorlage ist dahingehend zu ergänzen, dass der Eigenanteil durch den Antragsteller, die Universität der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, übernommen wird und die Universitäts- und Hansestadt Greifswald nicht belastet wird.

Der Tischvorlage wird mit dieser Ergänzung mit 14 Ja- Stimmen zugestimmt.

Herr Steiger verlässt die Sitzung um 21:20 Uhr.

TOP 9. Informationen der Verwaltung

TOP 9.1. Geplante Instandsetzungen für 2016

06/285 Herr Wixforth bringt die Informationsvorlage ein und erläutert einzelne Maßnahmen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bittner zur Ausschöpfung/ Nichtausschöpfung des Planansatzes erläutert Herr Wixforth, dass es sich bei der Differenz zwischen (scheinbar nicht ausgeschöpftem) „Planansatz“ und den „gebundenen Mitteln für die aufgeführten Maßnahmen“ um „erst recht bzw. sowieso gebundene Maßnahmen“ handelt, wie z. B. für die Wartung von Ampelanlagen und andere zwingende Maßnahmen im Rahmen der baulichen und betrieblichen Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen.

Die Informationen werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

TOP 9.2. Sondernutzung des Deichverteidigungsweges in Wieck

06/295 Herr Wixforth bringt die Informationsvorlage ein.

Die Informationen werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

TOP 10. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

1. Herr Lange thematisiert die Problematik betreffend den jetzigen Liegeplatz der „Greif“ und dem errichteten Sperrwerk (zu geringe Durchfahrtstiefe). Er schlägt vor, den Liegeplatz an die Nordmole zu verlegen.

Die Verwaltung wird diesen Vorschlag auf Durchführbarkeit, auch in finanzieller Hinsicht, prüfen und im Ausschuss wieder darüber berichten.

2. Herr Lange fragt nach dem Sachstand bezüglich der Brücke im Ostseeviertel Ryckseite, die seinerzeit im Zuge von Ausbaggerungsmaßnahmen entfernt wurde.

Durch die Verwaltung wird eine Beschlussvorlage über mögliche alternative Standorte zur späteren Verwendung der Behelfsbrücke in Wieck vorbereitet.

Ein Standort könnte dabei auch an erwähnter Stelle im Ostseeviertel Ryckseite sein.

3. Herr Dr. Kasbohm fragt nach dem Sachstand in Bezug auf den Nahversor-

gungsstandort im Ostseeviertel Ryckseite (Sky und Aldi wollen ihre alten Standorte aufgeben bzw. verlagern).

Herr Hochheim berichtet über ein Gespräch mit Vertretern von Sky und Aldi, wonach sich beide Märkte direkt an der Wolgaster-Straße neu etablieren möchten. Aus städtebaulichen Gründen ist dies zurzeit aber nicht möglich. Neue Gespräche, so sie mit der Stadt gewünscht würden, sollen nur noch unter Teilnahme des jetzigen Vermieters der Einkaufsmärkte, der sich dann erklären muss, stattfinden. Ein großes Problem stelle die Nachnutzung für dieses Areal dar, wenn Sky und Aldi ausziehen.

4. Herr Radicke fragt nach dem Sachstand zur Kollwitz-Schule.
Herr Hochheim informiert, dass sowohl kosten- als auch zeitmäßig die Planungen eingehalten sind. Zum Tag der Städtebauförderung am 09.05.2015 ist geplant, durch das fast fertige Objekt Führungen anzubieten.

TOP 11. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Krüger informiert über ein Schreiben zum Sachstand IGS Erwin Fischer und über stattgefundene Gespräche mit dem Landkreis über die Aufstellung von Wertstoffsammelcontainern. Letzteres soll auf einer der nächsten Ausschusssitzungen gesondert thematisiert werden.

Er beabsichtigt des Weiteren die Einladung von WGG und WVG in eine der nächsten Ausschusssitzungen mit der Bitte um Darstellung derer Sachstände bezüglich gegenwärtiger und künftiger Planungen bzw. Planungsabsichten.

TOP 12. Schluss der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:53 Uhr.

Alexander Krüger
Ausschussvorsitzender

Jens Wilke
für das Protokoll